

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 30 (1950-1951)
Heft: 10

Artikel: Weltkrise und Marktwirtschaft
Autor: Röpke, Wilhelm
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-159877>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

WELTKRISE UND MARKTWIRTSCHAFT

VON WILHELM ROPKE

1.

Wenn wir heute auf die Spanne der Jahre zurückblicken, die seit dem Ende des zweiten Weltkrieges verstrichen sind, so zeichnet sich deutlich die Tatsache ab, daß der aus dem Kriege oder — im Falle Deutschlands — bereits aus der Vorkriegszeit übernommene internationale Gesamtbestand an kollektivistischer Wirtschaftspolitik diesseits des west-östlichen Limes zwar mit schädlicher Langsamkeit und in einem von Land zu Land sehr verschiedenem Grade, so doch erheblich zusammengeschmolzen ist. Überall hat der Versuch, die ordnende und simulierende Kraft freier Preise durch Plan und Zwang der Behörde zu ersetzen, zu solchen Spannungen, Lähmungen und Verwirrungen geführt, daß auch mit sich selbst ehrliche Sozialisten zu der Erkenntnis kommen mußten, daß, wer Ordnung und Aufschwung der Wirtschaft will, die Marktwirtschaft wollen muß. Ihre Überlegenheit über jede Art kollektivistischer Befehls- und Planwirtschaft hatte sich selbst in der höchst unvollkommenen, ja rudimentären Form erwiesen, in der die Marktwirtschaft in Europa wiederhergestellt worden war. Die westliche Menschheit hat, um es ganz deutlich zu sagen, in diesem letzten Jahrzehnt einen nationalökonomischen Anschauungsunterricht genossen, wie ihn sich die liberalen Wirtschaftspolitiker nicht eindrücklicher und eindeutiger hätten wünschen können, und wir werden noch lange aus diesem Fonds an Lehren zu schöpfen haben.

In dieser Lage scheint eine grundlegende Wandlung eingetreten zu sein, seit die endgültige Demaskierung des Weltkommunismus im Fernen Osten der westlichen Welt den Entschluß aufgedrängt hat, der Gewalt mit der Gewalt zu antworten. Seitdem hat die Vorstellung um sich gegriffen, daß nunmehr im Schatten des noch begrenzten Krieges und der immer umfassenderen Rüstungen die Probleme der Wirtschaft, die alten zivilen und die neuen militärischen, immer weniger durch den Markt und seine Preismechanik gelöst werden könnten. Die Marktwirtschaft, die — vor allem in einem Lande wie Westdeutschland — gegenüber dem Kollektivismus ihre erstaunliche Überlegenheit bewiesen hatte, scheint in demselben Maße, wie die martialische Weltkonjunktur steigt, auf der Waage der Meinungen

zu sinken. Kann man diese zum Teil außerordentlichen Preissteigerungen wirklich sich selber überlassen? Kann der Westen sich wirklich allein oder auch nur überwiegend auf Markt, Preis und Wettbewerb verlassen, wenn es gilt, die Wirtschaftskraft des Westens der mit brutalstem Zwang zusammengefaßten Wirtschaftskraft des Ostens entgegenzustellen? Die wirtschaftlichen Unzuträglichkeiten aller Art, die Verknappungen, die Inflationstendenzen, beweisen sie denn nicht, daß die Freiheit des Marktes in Anarchie auszuarten droht? Zu diesen Zweifeln und Fragen treten handgreifliche Tatsachen. Tatsächlich hat sich in den letzten Monaten fast überall der Raum der wirtschaftlichen Freiheit ständig verengt. Zwar sind wir noch nicht bei der Lebensmittelkarte oder bei Höchstpreisen des Einzelhandels angelangt, aber schon die Verwendung der knappen Industrierohstoffe wird bereits in zunehmendem Maße nicht mehr durch den Preis, sondern durch Kontrollen aller Art gelenkt, und Zuteilungen, Prioritäten und Verwendungsbeschränkungen beginnen die freie Marktwirtschaft zusehends unter Vormundschaft zu stellen. Alle diese Maßnahmen können gewiß falsch sein, und sie dürfen nicht ohne weiteres als Beweis der Nichtbewährung der Marktwirtschaft gelten, aber sie verfehlen gewiß nicht, einen tiefen Eindruck zu machen und die Marktwirtschaft als etwas erscheinen zu lassen, was sich der Westen in dieser ernstesten Stunde offenbar nicht mehr ohne stärkste Einschränkungen leisten kann.

2.

Wenn wir uns der damit als höchst notwendig hervortretenden Aufgabe zuwenden, Wahrheit und Irrtum in diesen Meinungen und Stimmungen voneinander zu scheiden, so tun wir zunächst gut, eine Grenze gegenüber einem nur schädlichen Doktrinarismus zu ziehen. Auch der Anhänger der Marktwirtschaft kann nicht daran zweifeln, daß der moderne Krieg kein Klima ist, in dem sie gedeihen kann, und daß sie bereits während der Vorbereitung auf einen solchen Krieg in eine bedenkliche Gefahrenzone gerät. Der totale Krieg von heute fordert und ermöglicht zugleich die vorübergehende Ablösung der freien Marktwirtschaft durch den uns wohlbekannten Kriegskollektivismus, und zwar aus zwei wesentlichen Gründen: erstens weil er die Tendenz hat, jede Nation (auch die neutrale) in eine Art von wirtschaftlichen Belagerungszustand zu versetzen, in der die Rationierung lebenswichtiger, aber durch Produktion oder Einfuhr nicht mehr hinreichend zu vermehrender Güter sich aufzwingt, und zweitens, weil die Mobilisierung und Militarisierung der nationalen Wirtschaftskraft zwar theoretisch durchaus im Rahmen einer freien Marktwirtschaft vorstellbar ist, aber aus mannigfachen Gründen unter den

Verhältnissen eines modernen Krieges nicht mehr in Betracht kommt. Wird sich also während eines modernen Krieges selber ein System des Kriegskollektivismus (der unseren Abscheu vor einem solchen Krieg nur zu vermehren geeignet ist und umgekehrt der kriegsuntauglichen Marktwirtschaft nur Ehre macht) nicht vermeiden lassen, so ist doch zugleich hinzuzufügen, daß es sich immer nur erst um eine Hypothese handelt, die heute für die Welt als Ganzes noch keine Wirklichkeit ist und es hoffentlich auch nicht wird. Es wäre aber ein Fehler anzunehmen, daß es zweckmäßig sein könne, die Grundsätze der Kriegswirtschaft bereits auf die Rüstungswirtschaft anzuwenden. Vielmehr kann im einzelnen der Beweis geführt werden, daß die Rüstungswirtschaft sich nicht nur dem Grade, sondern auch der ganzen Art nach durchaus von der Kriegswirtschaft unterscheidet und daß es gerade unter dem Gesichtspunkt höchstmöglicher Rüstungsleistung und größtmöglicher Schonung der für den Krieg aufzusparenden politisch-seelischen Reserven des Volkes geboten ist, die Ordnungs- und Antriebskräfte der Marktbereitschaft *bei solider Geld- und Finanzgebarung* möglichst ungemindert zu nutzen und die Kontrollen auf ein Mindestmaß zu beschränken. Dabei ist auch das folgende sehr ernstlich zu bedenken. Zwar ist es bei der heutigen Lage nicht vorauszusagen, wie die Welt aussehen wird, wenn diese Zeilen im Druck erscheinen. Aber immerhin hat die Annahme viel Wahrscheinlichkeit für sich, daß der heutige Zwischenzustand eines Friedens, der kein Frieden, und eines Krieges, der kein Krieg ist, mit allen seinen Spannungen und Schwankungen deshalb sehr lange anhalten wird, weil er von Moskau für die zweckmäßigste Form der fortschreitenden Zermürbung des Westens angesehen wird. In dieselbe Rechnung aber könnte es durchaus gehören, daß der Westen verleitet werden soll, sich in der für den Kriegskollektivismus charakteristischen Mischung von Inflation und Zwangswirtschaft abzumatten. Ob dies nun das Spiel Moskaus ist oder nicht, so ist doch eine kriegswirtschaftlich - inflationäre Zersetzung der wirtschaftlichen Ordnung des Westens genau das, was der Kreml sich wünschen muß. Statt in seinen Bemühungen nachzulassen, die Kräfte einer freien Weltwirtschaft und damit einer freien Ordnung der einzelstaatlichen Wirtschaften zu entfalten, von den kollektivistisch-nationalistischen Fesseln fortschreitend zu befreien und das nur zwischen nationalen Marktwirtschaften mögliche Gleichgewicht des internationalen Wirtschafts- und Zahlungsverkehrs herzustellen, hat der Westen gerade im Interesse höchster Entwicklung seines wirtschaftlichen Rüstungspotentials allen Anlaß, diesen Weg mit verdoppelter Energie weiterzugehen.

Freilich setzt eine solche Politik, die bis zum äußersten an den Prinzipien der Marktwirtschaft festhält, zugleich eine *strenge geld-*

und finanzpolitische Disziplin voraus, die die gefährlichen *Inflationstendenzen* bändigt. Um diese Aufgabe recht zu erkennen, muß man sich das wirtschaftliche Wesen der plötzlichen Wiederaufrüstung des Westens klarmachen. Sie bedeutet ja, daß nunmehr nach dem Überfall auf Südkorea sich der Westen gezwungen sieht, einen größeren Teil seiner Menschenkraft und sachlichen Hilfsmittel der Rüstung zu widmen, als er nach der Niederringung Hitlers bisher irrigerweise für nötig gehalten hätte. Soweit dieses Mehr an Rüstung nicht durch ein Mehr an Produktion wettgemacht werden kann, ist es notwendig, daß die Verwendung der wirtschaftlichen Kräfte für die bisher im Vordergrund stehenden Zivilzwecke eingeschränkt wird. Soweit also der vermehrte Rüstungsbedarf nicht durch ein Mehr an Anstrengungen, Produktionsfortschritten oder Gewinnen an Wirtschaftlichkeit, die aus freierem internationalen Wirtschaftsverkehr entspringen, wettgemacht werden kann, muß dem Plus an Rüstungsausgaben ein Minus an Zivilausgaben entsprechen. Insoweit gilt also der Satz «Kanonen statt Butter». Auf irgendeinem Wege muß also dafür gesorgt werden, daß diese *Verbrauchsverschiebung* (gleich einer Verschiebung in der Verwendung der Produktivkräfte), soweit sie notwendig wird, stattfindet, und zwar mit den geringsten Schäden und Reibungen. Das ist die Aufgabe, die unter jedem Wirtschaftssystem gelöst werden muß. Aber wie immer sie gelöst wird: jede Methode schließt eine Einschränkung des Verbrauchs (einschließlich des Verbrauchs für zivile Investitionszwecke) ein, ohne daß uns durch irgendein Wunder dieses einförmige Endresultat erspart bleiben könnte, immer vorausgesetzt, daß wir nicht entsprechend mehr produzieren.

Wenn man sich dieses Einmaleins der Rüstungswirtschaft der freien Welt vor Augen hält, so sind Zwangswirtschaft und Inflation, mit denen heute bereits allzuviele sich resigniert als Folgen des endlichen Rüstungsentschlusses des Westens abzufinden scheinen, sofern sie sie nicht gar offen ersehnen, eindeutig an den Platz gestellt, an den sie gehören: auf eine Liste von möglichen Methoden unter anderen und besseren, genauer gesagt, auf den untersten Platz einer solchen Liste, als die allerletzten und verzweifeltsten Auskunftsmittel, kaum weniger verzweifelt und endgültig als der Krieg selber. Obenan auf dieser Liste hingegen stehen die normalen, bewährten und allein gesunden Methoden, um den Staat mit der nötigen Kaufkraft auszustatten, die er für diese neue und dringende Aufgabe braucht, damit er seinen Willen ohne Kommando über die Produktion gleich jedem anderen Nachfragenden in der Volkswirtschaft geltend macht: die Einschränkung anderer Staatsausgaben, die Steigerung der Steuerlast und die Heranziehung echter Ersparnisse der Bevölkerung. Diese drei ehrwürdigen, soliden und auf die Dauer allein möglichen Methoden haben die Eigenschaft gemeinsam, daß die Nachfrageverschiebung da-

durch bewirkt wird, daß der Staat die Disposition über die Gesamtsumme der vorhandenen Kaufkraft ändert, ohne sie hinterhältig zu vermehren. Erst dann, wenn der Staat dazu weder die Einsicht noch die Kraft aufbringt, bleibt ihm nur der Ausweg übrig, die Nachfrageverschiebung dadurch herbeizuführen, daß er sich selbst — in der Regel über die Zentralbank und das mitverschorene Banksystem — mit frischen *zusätzlichen* Kaufrechten (Geld) ausstattet, um dann diejenigen, die solche Kaufrechte ehrlich erworben haben, entweder durch Preissteigerung (offene Inflation) oder durch Verbot der vollen Geltendmachung ihrer Rechte (zurückgestaute Inflation = Inflation plus Zwangswirtschaft) um einen Teil ihres wohl erworbenen Kaufrechtes zu bringen und so die für die Rüstung nötigen Wirtschaftskräfte an sich zu ziehen. Da heute eine offene Inflation kaum noch politisch möglich ist, so wird die zurückgestaute Inflation die Regel sein. Inflation ist also mit Zwangswirtschaft fest verbunden; sie ist der Weg, auf welcher die letzte ihren Einzug zu halten pflegt, wie auch umgekehrt noch jede Zwangswirtschaft mit Inflation einhergegangen ist.

Soll die durch die Rüstung notwendig gewordene *Verbrauchsverschiebung* weder mit der kollektivistischen Zwangsmethode noch mit der die Kaufkraft der Einkommen aushöhlenden Methode der Inflation noch mit der beide Wege kombinierenden Methode der zurückgestauten Inflation bewerkstelligt und damit sowohl die Marktwirtschaft wie die Kaufkraft des Geldes nach Möglichkeit erhalten werden, so muß zu der finanzpolitischen Beschränkung der für Zivilausgaben verfügbaren Kaufkraft die *kreditpolitische* hinzutreten. Diese Bedeutung haben unter anderem jetzt in den Vereinigten Staaten die Kreditverknappungen, die mit einem Schlage die private Wohnungsproduktion und den weitgehend auf Abzahlungskredit aufgebauten Absatz von Automobilen und anderen dauerhaften Konsumgütern drosseln. Alle diese Maßnahmen sind freilich um so weniger wirksam, je mehr selbst jetzt noch die gewerkschaftliche Politik der einander ununterbrochen folgenden Lohnwellen fortgesetzt und damit sowohl durch Kostensteigerung wie durch Erhöhung der Massenkaukraft die Inflationstendenz verschärft wird. Die hier liegende Gefahr ist um so größer, je mehr in den Tarifverträgen Lohnerhöhungen mechanisch mit jeder Erhöhung des Lebenskostenindex gekoppelt werden, was nichts anderes heißt, als daß in den Inflationsprozeß sozusagen ein automatischer «Schnellgang» eingebaut wird. Wenn heute in den Vereinigten Staaten eine umfassende Preis- und Lohnkontrolle als notwendig erachtet wird, so wohl vor allem deshalb, weil nur auf diesem außergewöhnlichen Wege die verhängnisvolle Preis-Lohn-Spirale angehalten werden kann. Es ist also vor allem das Gewerkschaftsmonopol, das dazu Anlaß gibt.

3.

Nach dieser grundsätzlichen Klärung sind wir nun auch in der Lage, zu der heute vielerörterten Frage Stellung zu nehmen, ob denn nicht die heutigen wirtschaftlichen Spannungen — die «Engpässe», Verknappungen und Rohstoffverteuerungen — ein «Versagen» der Marktwirtschaft beweisen. Dazu ist zunächst zu sagen: Jeder Versuch von Kollektivistern, sich in einer Gegenüberstellung marktwirtschaftlicher «Unordnung» mit planwirtschaftlicher «Ordnung» zu gefallen, kann nur mit Sarkasmus behandelt werden. Selbst wenn wir die Vergangenheit auf sich beruhen lassen und weder die Erinnerung an die glorreiche Periode der deutschen Planwirtschaft heraufbeschwören noch taktlose Anspielungen auf das ruinöse Erdnußabenteuer der Labourregierung machen, erscheint uns die Gegenwart in dieser Hinsicht lehrreich genug. So werden wir die Deutschen, denen der empfindliche Kohlenmangel als Folge der Marktwirtschaft hingestellt wird, während er in Wahrheit ein Musterfall planwirtschaftlichen Versagens ist, darauf hinweisen, daß weder Planwirtschaft noch Sozialisierung des Kohlenbergbaus die britische Regierung vor der ruhmlosen Notwendigkeit bewahrt haben, amerikanische Kohlen zu importieren — was die Londoner Wochenschrift «Time and Tide» sehr hübsch als «the final ignominy of bringing coals to Newcastle» bezeichnet hat. Wir werden ferner bemerken, daß, wenn der britische Gesundheitsdienst in der Praxis fast genau das Doppelte des veranschlagten Betrages (393 statt 200 Millionen Pfund) kostet, auch hierin kein Beweis für die überlegene Voraussicht zu finden ist, der für eine einigermaßen funktionierende Planwirtschaft vorausgesetzt werden muß. Es wird hinzuzufügen sein, daß ein kunstvolles System der Planwirtschaft, das wie das britische nicht einmal durch einen Betrag von einer halben Milliarde Pfund an jährlichen Subventionen zur Verbilligung der Nahrungsmittel in einem halbwegs labilen Gleichgewicht erhalten werden kann, keineswegs von den Kalamitäten der Marktwirtschaften zu erlösen verspricht¹⁾. Zur Abrundung des Bildes sei daran erinnert, daß das wirtschaftlich schwächste Glied der westlichen Front heute das extrem kollektivistische Jugoslawien ist, dessen Wirtschaft unter den katastrophalen Folgen der kollektivistischen Wirtschaftspolitik Titos, für die er dem Himmel allein

¹⁾ Daß die Einstellung der Marshallhilfe an Großbritannien nicht etwa seine wirtschaftliche Genesung, sondern nur die Fragwürdigkeit einer die Zahlungsbilanz als Krankheits- oder Gesundheitssymptom benutzenden Finanzhilfe beweist, ist jedem Eingeweihten klar. Der englische Nationalökonom *Roy Harrod* (Time and Tide, vom 9. Dezember 1950) macht darauf aufmerksam, daß die wirtschaftliche Gesamtlage Großbritanniens jetzt schlechter und die Aufgabe der Wirtschaftspolitik schwieriger als vor einem Jahre ist.

die Schuld zu geben versucht, völlig zusammenbrechen würde, wenn nicht die — diesmal bedingungslos gewährte — amerikanische Hilfe rettend eingreifen würde. Dazu paßt es auch, daß in Westdeutschland die eigentlichen «Engpaß»-Gebiete die noch immer nicht der Marktwirtschaft eingegliederten Bereiche sind: neben der Kohlenproduktion die Elektrizitätswirtschaft, das Wohnungswesen und der Kapitalmarkt.

Damit sind wir nun auch zu einem richtigen Urteil über die *Preissteigerungen wichtiger Rohstoffe* vorbereitet, die sogar manchem grundsätzlichen Anhänger der Marktwirtschaft den Ruf nach Zwangseingriffen entlockt haben. Wie immer in solchen Fällen die volkstümliche Reaktion auf plötzliche und erhebliche Preissteigerungen die Entrüstung über die «Spekulation» zu sein pflegt, haben sich auch diesmal nur allzuvielen mit einer solchen zum mindesten oberflächlichen und unzureichenden Erklärung begnügt. In Wahrheit sind drei Dinge zu beachten. Zum *ersten* hätten diese Preissteigerungen niemals dieses Ausmaß erreicht, wenn nicht eine jahrelange Politik der künstlichen Produktionsbeschränkung für die wichtigsten Rohstoffe vorausgegangen wäre. Zum *zweiten* ist nicht zu vergessen, daß diese Preissteigerungen grundsätzlich einen guten ökonomischen Sinn haben, da ein steigender Preis ja gerade das Mittel ist, mit dem die Marktwirtschaft die Nachfrage einer knapp gewordenen Ware beschränkt, die Produktion anstachelt und damit die Knappheit überwindet²⁾. Für den Anhänger der Marktwirtschaft stellt sich also die Frage, bei welchem Grade und Tempo der Preissteigerung er der Preismechanik die Treue aufsagen und nach Eingriffen rufen will, und die weitere Frage, wie er die Funktion des Preises wirksam ersetzen will, ohne sofort «schwarze» und «graue» Märkte zu schaffen. Daß gegenüber Exzessen, vor allem solchen monopolistischer oder quasi-monopolistischer Art, manches Nützliche geschehen kann, soll nicht geleugnet werden, aber die grundsätzliche Frage bleibt. Zum *dritten* ist zu prüfen, inwieweit in den Preissteigerungen nicht lediglich einzelne Verknappungen zum Ausdruck kommen, in denen sich die Verbrauchsverschiebung der Rüstungswirtschaft widerspiegelt, so daß wir im allgemeinen gut tun, die nützliche Funktion solcher Preissteigerungen anzuerkennen, sondern inwieweit sie ein besonders auffallendes Kennzeichen der Weltinflation sind.

Wir wiederholen, daß hier, in der *Inflation* und in der Notwendigkeit ihrer energischen Bekämpfung, der eigentliche Schlüssel zur Lage zu sehen ist. Sie ist nicht zuletzt deshalb so gefährlich ge-

²⁾ Zur Illustration sei erwähnt, daß die Welterzeugung an Naturgummi in den ersten neun Monaten dieses Jahres gegenüber dem Jahre 1949 um 23 Prozent gestiegen ist.

worden, weil die gegenwärtige Rüstungskonjunktur plötzlich auf ein Wirtschaftssystem des Westens geprallt ist, das bereits unter einem mehr oder weniger starken Inflationsdruck stand und im Zeichen der «Vollbeschäftigung» voll ausgelastet war, ohne einen wesentlichen Spielraum an unausgenutzten Produktivkräften. Hierzu sind vor allem in den Vereinigten Staaten außer der erwähnten gewerkschaftlichen Lohnpolitik die Wirkungen der immer umfassender gewordenen Hilfsaktionen für alle Welt getreten, die bis vor kurzem mit der relativen Vernachlässigung der militärischen Vorbereitungen erkaufte wurden, wobei der Gedanke mitgewirkt hat, daß im Kampfe gegen den Kommunismus die «soziale Sicherheit» der Völker wirksamer als Bomber sei.

Liegt hier in der Inflation der Schlüssel zur Lage, so zeichnet sich damit auch die notwendige Gegenaktion ab. Nicht die freien Preise sind schuld — sie mit Gewalt niederzuhalten, würde die Lage nur verschlimmern —, sondern die Inflation. Hier ist alle Energie anzusetzen und weder an Kritik noch an Opfern zu sparen. Hier in den konformen Maßnahmen der allgemeinen Kreditbeschränkung, der Drosselung der Staatsausgaben, der Zinserhöhung und nötigenfalls der Steuererhöhung, hier in einer geld- und finanzpolitischen Disziplin, die den inflationistischen Ideologien unserer Zeit ein Ende macht, hier in der Mäßigung der Lohnansprüche bei gleichzeitiger Steigerung der Arbeitsleistung in vielen Ländern ist der Ausweg — nicht in Bezugscheinen, Coupons, Schlangestehen und Polizeizwang. Entweder gelingt es, der Inflation Herr zu werden, dann ist das Problem gelöst und die gegenwärtige Belastungsprobe der Marktwirtschaft bestanden. Oder aber es gelingt nicht, dann wird es uns auch nicht nützen, die Marktwirtschaft als Sündenbock zu schlachten. Es würde nur bedeuten, daß wir zu dem Übel der Inflation das ebenso große des Kollektivismus hinzufügen. Nach diesem trügerischen und gefährlichen Ausweg schießen heißt nur die Energie lähmen, mit der wir das eigentliche Übel, die Inflation, bekämpfen müssen.

Und vergessen wir ein letztes nicht: Alle Schwankenden, die mit dem Gedanken umgehen, die durch die Koreakrise ausgelösten wirtschaftlichen Spannungen mit den Mitteln kollektivistischer Zwangswirtschaft zu bekämpfen, sind daran zu erinnern, daß es heute niemandem mehr erlaubt ist, von Kollektivismus, Planwirtschaft, «kontrollierter Inflation» oder dergleichen zu sprechen, ohne die Herabwürdigung des Menschen zum Staatshörigen zu sehen, die durch den fortschreitenden Kollektivismus während der letzten beiden Jahrzehnte in einem unheimlichen Tempo und Maß möglich geworden ist. Diese fortgesetzte Gewöhnung der Menschen an Aufsicht, Bevormundung und Kommandierung hat zu einem Grade der bürokratischen Macht und der Gängelung der Massen geführt, der früher

unvorstellbar gewesen wäre. Der Rumäne Virgil Gheorghiu hat jüngst in seinem Buche «La 25^e heure» diese Wandlung des Menschen zum schweifwedelnden und verprügelten Haustier, so wie sie sich in Europa vollzogen hat, in erschütternder Weise geschildert und von der furchtbaren Verbindung von Technik und Verwaltung gesprochen, aus der die moderne bürokratische Maschine hervorgegangen ist. Er ist der Meinung, daß dem durchschnittlichen Europäer bereits so gründlich das Rückgrat gebrochen sei, daß er unseren Fall für hoffnungslos hält. In Europa sei es nicht mehr «5 Minuten vor 12»: hier habe es bereits «25» geschlagen. Wenn man bedenkt, mit welcher erschreckenden Leichtigkeit unter allen möglichen verführerischen Namen die Vergewaltigung des Menschen durch Staatszwang als Lösung gepriesen wird, sobald irgendein wirtschaftliches oder soziales Problem zu schaffen macht, und wenn man hinzunimmt, daß heute ein Grad von Regimentierung fast selbstverständlich geworden ist, der noch unseren Vätern unerhört erschienen wäre, dann möchte man jenem Rumänen Recht geben.

Im Sowjet-Großraum ist die Verachtung und Vernichtung des Individuums, die mit unserer technisch-kollektiven Massenzivilisation einhergeht, nur auf die äußerste und schlechthin nicht mehr erträgliche Spitze getrieben. Aber der politische Zusammenprall des Westens mit diesem furchtbaren Großreich verschleiert leicht die bedrückende Tatsache, daß überall im Westen dieselben Tendenzen und Kräfte am Werke sind, die in Rußland ihr letztes unmenschliches Ziel erreicht haben. Noch immer dürfte es unbegründeter Pessimismus sein, mit Gheorghiu zu glauben, daß für uns im Westen bereits die «vingt-cinquième heure» geschlagen habe. Aber sie kann nicht mehr fern sein, wenn wir uns nicht mit äußerster Energie aufrütteln und uns selber so sehen, wie wir bereits sind. Das Ärgste aber wäre es, wenn wir im gegenwärtigen Weltkampfe gegen den 100%igen Kollektivismus des Ostens den Sinn dieses Kampfes aus dem Auge verlieren und uns ohne äußerste Not einem Kollektivismus ausliefern, der auch als 50%iger noch gefährlich, zerstörend und demoralisierend genug ist. Wenn uns eine äußerste und tragische Zuspitzung dieses Weltkampfes zu einem neuen Kriegskollektivismus nötigen sollte, so sollten wir doch unter allen Umständen zweierlei zur Richtschnur nehmen: erstens den Gedanken, daß ein derartiger Kollektivismus des totalen Krieges nur als eine ebensolche ultima ratio gelten sollte wie die Bomben selber, und zweitens die unbeirrbar Entschlossenheit, diese äußersten Konzessionen nur als solche zu betrachten, die mit dem Kriege selber ihr Ende finden, und uns durch sie nicht den eigentlichen Sinn dieses Weltkampfes als eines äußersten Ringens um Freiheit und Würde des Menschen als Einzelnen verdunkeln zu lassen.